



# Gewerkschaft der Polizei

[www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)

Kaiserstr. 258 \* 66133 Saarbrücken

Tel.: 0681 84124 10, Fax: - 15

Email: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

**Hugo Müller:**

**Haltet Euch bereit!**

**Gemeinsam werden wir in den nächsten  
Tagen unseren Unmut öffentlich zum Aus-  
druck bringen.**

**DGB-Saar, GEW Saarland, IG BAU Rheinland-Pfalz/ Saarland, ver.di  
Saar und GdP Saarland warnen:**

**Schuldenbremse gefährdet die Eigenständigkeit des Saarlandes**

Der DGB Saar und seine Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes befürchten, dass die Umsetzung der Schuldenbremse die Eigenständigkeit des Saarlandes extrem gefährdet und keineswegs sichert. Die Gewerkschaften ver.di Saar, GdP – Saarland, GEW Saarland und IG BAU Rheinland-Pfalz/Saarland sowie ihr Dachverband DGB Saar halten die vom saarländischen Regierungskabinett gestern durch Finanzminister Peter Jacoby veröffentlichte, erste von 10 Runden an Einschnitten nicht nur für ungerecht, sondern auch für völlig sinnlos. „Wer ausschließlich und allein die Neuverschuldung auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes begrenzen, nicht einmal stoppen will, dabei aber am riesigen Altschuldenberg von über 11 Milliarden(!) Euro nicht einmal ansatzweise etwas verbessert, leistet Schildbürgerarbeit und ist erfolgloser als Sisyphos in den Sagen des klassischen Altertums“, so der DGB Landesvorsitzende Eugen Roth. Um die Eigenständigkeit des Saarlandes zu wahren, so der DGB Landesvorsitzende, müsse sofort auf ein Aussetzen der die Eigenständigkeit des Saarlandes abwürgenden Schuldenbremse hin gewirkt und zugleich alle politischen Anstrengungen auf enorme Einnahmestärkungen der öffentlichen Haushalte gedrängt werden. Nicht umsonst haben am 29. September rund 100.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, darunter allein 500 aus dem Saarland in Brüssel unter dem Motto „Vorrang für Wachstum und Beschäftigung. Schluss mit der Sparpolitik. Wir zahlen nicht für eure Krise.“ demonstriert. „Wer versucht, der Bevölkerung die Halluzination der Rettung durch Streichungen bei öffentli-

chen Dienstleistungen und öffentlichem Personal einzureden, der täuscht das Volk und wird für ein böses Erwachen nach Runde 10 der Umsetzung der Schuldenbremse sorgen.“, so der DGB Landesvorsitzende. Die Unsinnigkeit des begonnenen, politischen Weges der Beschädigung der öffentlichen Dienstleistungen ist noch viel gravierender als die ebenso berechtigt aufgeworfene Gerechtigkeitsfrage. Schließlich haben die öffentlich Bediensteten bereits neben ihrer Arbeit im Dienste des Saarlandes und seiner Menschen schon viele persönliche Opfer durch Leistungsstreichungen und Einkommenseinbußen erbracht. Alle waren jedoch bisher sinnlos auf dem Weg zur Konsolidierung der Situation des Landeshaushalts. Mit dem gestern verkündeten Kabinettsbeschluss begeht die Landesregierung 11 Monate nach der Wahl zudem offenen Wortbruch: Das Versprechen im Koalitionsvertrag, bei der Bildung nicht zu sparen, entpuppt sich als Blendwerk, um die Grünen zum Tempel der Macht nach „Saarmaika“ zu locken. Jetzt präsentiert Peter Jacoby die Reisekosten. Roth weist darüber hinaus darauf hin, dass die Streichmaßnahmen des Landes sich mit den Streichmaßnahmen der Bundesregierung zu einer Wachstumsbremse für die Binnenkonjunktur addieren werden. Die Schaukelpolitik der Standardabsenkung öffentlicher Dienstleistungen und beim öffentlichen Personal nach unten wird am Ende auf dem Rücken der Standortqualität und damit der ortsansässigen Unternehmen und der gesamten Bevölkerung ausgetragen, so der DGB-Landesvorsitzende. „Wer etwas anderes weis machen will, versucht der Bevölkerung etwas falsches vorzutäuschen“, so Roth. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter dem Dach des DGB wollen zusammen mit dem Deutschen Beamtenbund/Tarifunion den Kurs der Landesregierung in einem Spitzengespräch mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes klären und weitere Maßnahmen und Aktionen auch davon abhängig machen. Insbesondere die schon jetzt weit vor Beginn der Tarifrunde 2011 im öffentlichen Dienst angekündigten Nullrunde für Beamtinnen und Beamte stelle einen nicht unwesentlichen Versuch dar, in die Tarifrunde bereits vorweg einzugreifen. „Dies wollen und können wir nicht dulden!“, so Roth. Eine andere Politik ist nach Auffassung des DGB und seiner Gewerkschaften möglich und notwendig.